

LEITARTIKEL Deutschland-Besuch von Selenskyj

Eine Wende im Verhältnis zwischen Berlin und Kiew

Ein Staatsbesuch der besonderen Art – das Regierungsviertel in der deutschen Hauptstadt glich am Sonntagmorgen einer Festung. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj ist in Deutschland, das erste Mal seit Kriegsbeginn. Bundeskanzler Olaf Scholz empfing den Mann aus Kiew mit militärischen Ehren im Vorhof des Kanzleramts. Mehr als über den Empfang wird sich der Gast aus der Ukraine über das Paket an Waffen gefreut haben, das am Tag zuvor verkündet wurde. Deutschland hat nochmal mächtig draufgelegt, auf 2,7 Milliarden Euro wird das jüngste Paket beziffert. Aus dem zögerlichen Partner in den ersten Kriegstagen ist der zweitwichtigste Waffenlieferant geworden. Scholz nannte während der Pressekonferenz eine Summe von 17 Milliarden Euro als Gesamtwert der deutschen zivilen und militärischen Hilfe.

Diese wuchtige Hilfe trägt Früchte: Das persönliche Verhältnis von Selenskyj und Scholz hat sich spürbar verbessert, man merkt es an der Körpersprache der beiden. Hier und da ein Scherz, ein sich gegenseitiges Berühren am Arm, ein Lächeln.

Doch die schönen Bilder im Kanzleramt können nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Verhältnis zwischen Scholz und Selenskyj kein einfaches ist, ein unbehagliches bleiben wird. Denn neben der Unterstützung für den Partner Ukraine in dessen Abwehrkampf gegen den russischen Angriff stellen sich Fragen: Wird die Ukraine dazu übergehen, Ziele auch in Russland selbst anzugreifen, wenn sie mit entsprechenden Waffen ausgestattet wird? Und wie reagiert das westliche Bündnis darauf? Angriffe auf russisches Territorium würden die Gefahr einer Eskalation mit Nato-Staaten deutlich erhöhen. Auch drängt die Ukraine weiter

auf moderne Kampffjets westlicher Bauart, die ihnen die USA und Deutschland nicht liefern wollen. Selenskyj kündigte am Sonntag sein Bemühen um eine internationale „Kampffjet-Allianz“ an und betonte, auch Deutschland anzusprechen zu wollen. Russland habe derzeit ein Übergewicht im Luftraum, begründete er sein Anliegen. Doch Scholz machte seinerseits deutlich, dass er derzeit keine Waffen neuer Qualität bereitstellen wolle. Er verwies auf die deutsche Unterstützung der Ukraine bei der Luftverteidigung. Die Antwort dürfte Selenskyj nicht gefallen. Aber Druck will er an diesem Sonntag nicht auf Scholz ausüben. Auf die Frage einer ukrainischen Journalistin, ob die deutsche Militärhilfe denn ausreiche, scherzt er, noch einige Besuche, und dann sei es ausreichend.

So ganz auf einer Wellenlänge sind die beiden eben doch noch nicht. Und je länger der Krieg andauert, desto schwieriger wird die Zusicherung, dass Deutschland uneingeschränkt an der Seite des bedrängten Landes bleibt. Dennoch: Der Deutschland-Besuch des Präsidenten markiert eine Wende im deutsch-ukrainischen Verhältnis. Es war ein guter Besuch, der für beide Länder ein neues Kapitel aufschlägt. Und dass der Ukraine den Karlspreis, ein Preis auch für die Verteidigung der Freiheit in Europa, zusteht, das steht außer Frage. Selenskyj, vor allem aber die Menschen in der Ukraine, haben das mehr als verdient.



KERSTIN MÜNSTERMANN

GLOSSE

Stress an der Maus

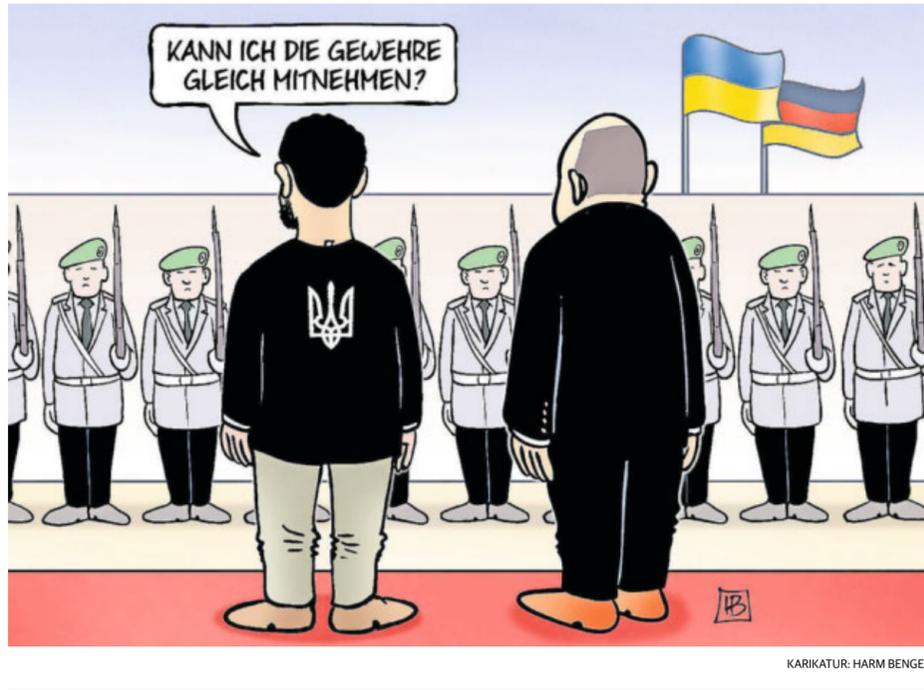
VON PIA ROLFS

Das Verhältnis von Mensch und Maus ist traditionell angespannt – früher traf das vor allem zu, wenn sich der Nager im Vorratsraum vermehrte. Heute gibt es besonders viel Stress zwischen Mensch und Computermaus.

Denn wenn der Mensch diese in der Hand hat, ist er selten entspannt. Anhand seiner Bewegungen lässt sich sogar sein Stresslevel ablesen, haben Forscher festgestellt. Häufige Mausclicks und ungenaue Bewegungen mit dem Cursor zeigen: Hier gerät der

Nutzer bereits in Panik. Vielleicht weil er erkennt: Der Computer spielt nur mit ihm – irgendwann ist dann alles verschwunden, nicht gespeichert, und er geht gefühlt unter mit Mann und Maus.

Vielleicht rächen sich über die Computermaus ja alle jemals gejagten Mäuse am Menschen. So erfährt der Homo sapiens mal, wie es ist, in die Ecke getrieben zu werden und in die Falle zu gehen. Und dabei gibt es nur einen kleinen Unterschied zwischen Mensch und Maus: Bei der Mausefalle ist alles Käse – und dann macht es Klick. Bei der Arbeit am Computer ist es umgekehrt.



KARIKATUR: HARM BENGLEN

ANALYSE Kirchen können nicht Ankläger, Verteidiger und Richter in einem sein. In einem neuen Gremium der Deutschen Bischofskonferenz sollen auch staatliche Vertreter sitzen.

Regierung soll Missbrauch in der Kirche aufarbeiten

VON FRANZISKA HEIN

FRANKFURT (epd) Der ehemalige Freiburger Erzbischof Robert Zollitsch ordnete sich Mitte April in die Reihe ehemaliger Bischofsgrößen ein, die durch ihren mangelhaften Umgang mit Missbrauchsfällen öffentlich in der Kritik stehen: Zollitsch, der von 2003 bis 2013 Erzbischof von Freiburg war, soll einem Missbrauchsbericht zufolge erst ganz am Ende seiner Amtszeit wegen des steigenden medialen Drucks Missbrauchsfälle nach Rom gemeldet und damit kirchenrechtliche Untersuchungen verschleppt haben.

Von 2008 bis 2014 war er zugleich Vorsitzender der katholischen Deutschen Bischofskonferenz. 2010 hatte er sich noch empört gegen öffentliche Rügen der damaligen FDP-Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger zur Wehr gesetzt – mit Erfolg.

Zollitschs Agieren sei „in dieser Dimension der Verweigerung verstörend und ein weiteres Beispiel dafür, dass Kirche sich nicht alleine aufarbeiten kann“, sagt die Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Kerstin Claus. Ähnlich sieht das auch der religionspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Lars Castellucci, der seit Jahren mehr staatliche Verantwortung bei der Aufarbeitung von Missbrauch fordert. Er sagt aber auch: „Wir brauchen keine Kultur des Hindeutens, sondern eine Kultur des Hinsehens.“

Auch den Kirchen sei mittlerweile klar geworden, dass sie nicht Ankläger, Verteidiger und Richter in einem sein könnten, sagt der SPD-Politiker. Mittlerweile wünschen sich die Kirchen Hilfe vom Staat bei der Aufarbeitung. Die Deutsche Bischofskonferenz etwa arbeitet derzeit an einem neuen Expertenrat, der die Einhaltung der kirchlichen Regeln zur Aufarbeitung überprüfen soll. In dem Gremium sollen Vorstellungen

„Wir brauchen keine Kultur des Hindeutens, sondern eine Kultur des Hinsehens.“
Lars Castellucci
Religionspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

der Bischofskonferenz zufolge auch staatliche Vertreter sitzen.

Auch wenn es einen politischen Konsens in der Ampel-Koalition gebe, dass der Staat bei der Aufarbeitung insgesamt mehr Verantwortung übernehmen müsse, sei dies dennoch eine Gratwanderung, sagt Castellucci. „Wir können und wollen den Institutionen ihre Pflicht zur Aufarbeitung nicht entziehen, nur wer aufarbeitet, lernt aus Fehlern und kann Missbrauch in der Zukunft vorbeugen. Aber der Staat muss Kriterien definieren, wie Aufarbeitung stattfinden kann.“

Die Unabhängige Beauftragte

Claus arbeitet zusammen mit dem Familienministerium, bei dem ihr Amt angesiedelt ist, an einem neuen Gesetz. Ihr 2018 geschaffenes Amt soll auf eine dauerhafte, gesetzliche Grundlage gestellt werden. Vorsehen ist auch eine Berichtspflicht gegenüber dem Bundestag und die Entfristung der Unabhängigen Aufarbeitungskommission.

Dem Abgeordneten Castellucci schwebt sogar eine Ausweitung der Kompetenzen der Aufarbeitungskommission vor. Sie soll Kirchen und andere Institutionen zu transparenten Aufarbeitungsprozessen nach vergleichbaren Kriterien verpflichten können, wie er im April schrieb. Dafür soll die Kommission nach seiner Vorstellung mit eigenen Zugriffs-, Anhörungs-, und Sanktionsrechten ausgestattet werden.

Die Kommission soll nicht wie bisher beim Amt der Missbrauchsbeauftragten, sondern beim Bundestag angebunden werden. Eine solche Kommission soll den Plänen zufolge eine bereichsübergreifende Dunkelfeldstudie in Auftrag geben können, die Fallzahlen und systemische Faktoren untersucht, ebenso wie Kriterien für die Entschädigung von Missbrauchsopfern festlegen. Laut Claus ist eine staatliche Kommission auf Bundesebene mit weitgehenden Durchgriffsrechten jedoch juristisch kaum machbar. Dem Bund fehle dazu auch nach Meinung von Staatsrechtlern die Regelungskompetenz.

BERLINER NOTIZEN

Habecks Helm und Lindners Spreizer

Gerhard Schröder war in der russischen Botschaft, zusammen mit der AfD-Spitze anlässlich des 9. Mai, an dem Russland traditionell das Ende des Zweiten Weltkrieges feiert. Man glaubt es nicht, ist aber so gewesen. Jedenfalls hatten die Schröders jetzt noch einen Grund zum Feiern – ihren fünften Hochzeitstag. Ehefrau Soyeon Schröder-Kim servierte Gerd daheim in Hannover ein „Dinner for two“, wie sie selber postete. Blumenkohlcreme mit Karotten, Artischocken und Haferjoghurt mit Blaubeeren. Ein Glück, dass es auch ein Glas Wein gab.

Christian Lindner war kürzlich bei der Berliner Feuerwehr. Dort präsentierte der Finanzminister die neu aufgelegte Sammelmünze „Feuerwehr“. So was fällt auch in Lindners Zuständigkeit. Nach der Übergabe nahm er an einer Übung teil, in Schutzausrüstung versuchte der Liberale sich an der Türöffnung eines Autos mithilfe eines „Spreizers“. Da stellt sich schon die Frage, ob Lindner eigentlich als Kind lieber Feuerwehrmann werden wollte. Er verriert: „Polizist.“

Andreas Jung, Klimaexperte der Unionsfraktion, nutzte im Bundestag noch einmal die Gelegenheit, die Heizungspläne der Ampel zu attackieren. Das Gesetz scheint die Koalition immer weiter auf die lange Bank zu schieben, manch einer unkt inzwischen auf den Sankt Nimmerleinstag. Jedenfalls habe die FDP 101 Fragen an Robert Habeck eingereicht, so Jung. „Die Bürger haben vor allem eine Frage“, ergänzte er, „was kommt auf mich zu? Und welche Förderung gibt es dafür?“ Das sind aber zwei.

Robert Habeck macht auch Sport. Ist an diesem Tag, wo der Klimaminister ordentlich auf die Müitze bekommt, wohl auch notwendig. Als körperlicher und mentaler Ausgleich. Man sah den Grünen schon in roter Jogging-Schlabberhose seine Runden drehen, wie unlängst in Meseberg. In Berlin flücht Habeck des Öfteren mit dem Rad durch Mitte, auch von Termin zu Termin. Wie kürzlich. Hinter ihm dann immer seine hechelnden Personenschützer. Mit Helm freilich, Habeck an dem Tag aber ohne...



HAGEN STRAUSS

Produktion dieser Seite:
Martin Wittenmeier, Michaela Heinze
Gerrit Dauelsberg, Ulrich Brenner

RÜCKBLLENDE

Was geschah am 15. Mai?

2022 gewinnt die CDU von Ministerpräsident Hendrik Wüst die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen mit 35,7 Prozent deutlich. Die SPD rutscht auf 26,7 Prozent ab. Die Grünen landen mit 18,2 Prozent auf Rang drei.

2021 gelingt China nach den USA als zweiter Nation eine Landung auf dem Mars. Die Raumsonde „Tianwen-1“ setzt den Rover „Zhurong“ aus.

2018 eröffnet Wladimir Putin eine Brücke zwischen dem russischen Kernland und der annektierten Halbinsel Krim. Das Prestigeobjekt des Kremls ist mit 19 Kilometern die längste Brücke Europas.

2013 trennt sich der Fußball-Bundesligist SV Werder Bremen nach 14 Jahren von seinem Trainer Thomas Schaaf.



Mike Oldfield feiert heute seinen 70. Geburtstag. FOTO: KAI FOERSTERLING/DPA

1993 werden in Hamburg erstmals in Deutschland einem Patienten gleichzeitig Herz und Leber transplantiert.

1988 beginnt die sowjetische Armee mit dem Abzug ihrer Besatzungstruppen aus Afghanistan.

1948 erklären unmittelbar nach der Unabhängigkeit Israels die Nach-

barn Ägypten, Jordanien, Libanon, Irak und Syrien den Krieg. Im Kampf kann der neue Staat sein Territorium vergrößern und den Westteil Jerusalems erobern.

1928 beginnt in Australien der „Royal Flying Doctor Service“ (RFDS), ein Rettungsdienst für das Binnenland, mit seinem ersten Rettungsflug.

1768 verkauft die Republik Genua im Vertrag von Versailles die Insel Korsika an Frankreich.

Geburtstag

1953 Mike Oldfield (70), britischer Popmusiker und Komponist (Album „Tubular Bells“)

1948 Brian Eno (75), britischer Rockmusiker, Mitbegründer der Band Roxy Music mit Brian Ferry, Produzent von U2 und Talking Heads

1933 Marianne Hold, Schauspielerin

(„Die Fischerin vom Bodensee“), gest. 1994

1933 Ursula Schleicher (90), Politikerin (CSU), Vizepräsidentin des Europaparlaments 1994-1999

1773 Klemens Wenzel Fürst von Metternich, österreichischer Staatsmann, Außenminister, Staatskanzler, gest. 1859

Todestag

2022 Rainer Basedow, Schauspieler („Küstenwache“) und Kabarettist, Mitglied der „Münchner Lach- und Schießgesellschaft“, geb. 1938

Korrektur
Verrechnet: In der Rückblende vom 13./14. Mai ist uns in der Unterzeile zum Bild von David Ben-Gurion ein Fehler unterlaufen. Der Staat Israel wurde natürlich vor 75 Jahren proklamiert. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

Trierischer Volksfreund

Gegründet 1875 von Nikolaus Koch

Verlag:
Trierischer Volksfreund Medienhaus GmbH
54294 Trier, Hanns-Martin-Schleyer-Str. 8,
PF 3770, 54227 Trier
Leser-Service 06 51/71 99-0
Leser-Fax 06 51/71 99-9 90
Abo-Service 06 51/71 99-998
Abo-Fax 06 51/71 99-9 78
Anzeigen-Service 06 51/71 99-999
Anzeigen-Fax 06 51/71 99-5 90
Internetadresse: www.volksfreund.de
E-Mail Redaktion: redaktion@volksfreund.de
E-Mail Verlag: kontakt@volksfreund.de

Geschäftsführer:
THOMAS DEICKE, THOMAS MARX

Verlagsleiter:
RÜDIGER KRUPPA

Chefredakteur: THOMAS ROTH
Stellv. Chefredakteur: Peter Reinhart

Mitglieder der Chefredaktion: Alexander Houben
(Chef vom Dienst), Inge Kreutz (Editorial
Development)

Newsmanagement: Marek Fritzen, Alexander
Houben, Inge Kreutz, Peter Reinhart, Thomas
Roth
Reporterchef: Lars Ross, Rebecca Schaal (Stellv.)
Digitaldesk: Johanna Heckelej
Printdesk: Ralf Jakobs (Strategische Leitung),
Marcus Hormes (Operative Leitung)

Verantwortliche Redakteure:
Birgit Markwitan (Magazine)
Ralf Jakobs (Redaktionsmanagement)

Chefreporter: Katharina de Mos, Rainer Neubert,
Rolf Seydewitz, Bernd Wientjes

Berliner Büro: Kerstin Münstermann

Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Rüdiger Kruppa

Zeitungszustellung: TV-Logistik GmbH
Bezugspreise: Die Zeitung erscheint täglich außer
an Sonntagen und mit einer Doppelausgabe an
den Feiertagen und kostet monatlich 45,60 Euro
einschließlich Zustellerlohn, Postvertriebsstück:
Inland monatlich 50,65 Euro, Ausland monatlich
72,55 Euro. Alle Preise verstehen sich einschließ-
lich 7 % Mehrwertsteuer.
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
Bei Nichterscheinen in Folge höherer Gewalt,
bei Streik oder Aussperrung, Störung usw. kein
Anspruch auf Entschädigung.

Eine Abbestellung des Abonnements ist, vor-
behaltlich einer vereinbarten Mindestlaufzeit, bis
zum 10. des Monats zum Monatsende möglich.
Die Kündigung kann nur in Textform (Fax, E-Mail,
Brief) erfolgen.

Gültig ist die Anzeigenpreisliste Nr. 67A vom
1. Januar 2023. Für unverlangt eingesandte Ma-
nuskrifte wird keine Gewähr übernommen.

Druckerei:
Saarbrücker Zeitung Druckhaus GmbH, 66117
Saarbrücken, Untertürkheimer Str. 15